



Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Kommunalpolitiker diskutierten beim politischen Frühschoppen in Lederdorn. Foto: kmi

Umgehungsstraße war das Thema Nummer eins

DISKUSSION Bis zur Gerichtsentscheidung will Landrat Löffler Verkehrssicherheit in Lederdorn verbessern.

LEDERDORN. Politprominenz beim politischen Frühschoppen, organisiert von der Interessengemeinschaft Pro Umgehung Lederdorn am Sonntag: Außer denen, die immer kommen, wie Alfred Klein, Sprecher der Interessengemeinschaft Pro Umgehung Lederdorn es nannte, waren Landrat Franz Löffler, Landtagsabgeordneter Gerhard Hopp, Bundestagsabgeordneter Karl Holmeier, Bürgermeister Stefan Baumgartner, der Bad Kötztinger Stadtrat Wolfgang Kerscher und die Bürgermeister von Lam, Lohberg und Hohenwarth gekommen. Wenn es auch um alle Themen wie Maut, Breitbandausbau, Asyl, Behördenverlagerungen gehen sollte, stand doch die Umgehungsstraße Lederdorn im Vordergrund.

Auf Wunsch von Landrat Löffler wurde mit diesem Thema begonnen. „Zum X-ten Mal kommen wir jetzt zusammen“, ärgerte sich Alfred Klein, „und unsere Bürger, Mütter mit Kinderwagen, Senioren und Kinder müssen immer noch auf 20 Zentimeter breiten Bürgersteigen die Engstelle vor der elfprozentigen Steigung passieren.“ Hier führen laut Verkehrszählung der Interessengemeinschaft 10,45 Pkw und ein Lkw pro Minute, wobei die Fußgänger an der engsten Stelle die Straße betreten müssten. Von 7 bis 8 Uhr, wenn Schul- und Kindergartenkinder unterwegs sind, seien es sogar 13,15 Autos und 1,22 Lkw.

Seit 52 Jahren in Planung

Seit 52 Jahren werde geplant, seit 1994 gebe es den Beschluss der Gemeinde Chamerau, ab 2000 Dringlichkeitsstufe I. „Inzwischen liegt der Fall vor Gericht, doch eine Umgehung gibt's immer noch nicht“, so Klein.

Ein Teilnehmer erzählte, seitdem er auf der Welt sei, begleite ihn das Thema. Warum ist das so? Das sollte geklärt werden. „Auch wir Lederdorer haben es verdient, ruhiger, lebenswer-

ter und verkehrssicher zu leben“, betonte Klein.

Nachdem nach unendlich langer Planungszeit durch den Planfeststellungsbeschluss von 2009 eigentlich gebaut werden könnte, komme die Rechtsordnung ins Spiel, sagte Landrat Löffler: „Bei uns hat jeder, der glaubt, seine Bedürfnisse seien nicht ausreichend berücksichtigt, das Recht zu klagen.“ Da es sich um eine Staatsstrasse handelt, müsse man durch zwei Instanzen, das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht. Bei einer Bundesstraße habe man nur eine Instanz, da hier gleich vorm Oberverwaltungsgericht verhandelt werde.

Auch „kleine Leute“ haben Rechte

„Unsere Richter und Gerichte sind unabhängig, Einflussnahme ist nicht möglich, und mit dem Richter kann man nicht handeln“, so Löffler. Wichtig sei, das die „kleinen Leute“ Rechte haben. Von diesem Recht machten zwei Kläger, die Familien Haller und Wild, Gebrauch.

„Warum dauern die Gerichtsverfahren so lang?“, hörte man aus dem Publikum. Es gebe Anwälte, die nutzen diese Verfahrenswege aus. Richter a. D Kerscher berichtete, dass ihn solches Vorgehen geärgert habe. „So schlecht ist die Lage gar nicht“, sagte Löffler. Der Planfeststellungsbeschluss bestehe nach wie vor, die kleinen Mängel seien behoben und im Mai sei der Gerichtstermin. Zwar gehe es dann vermutlich in die zweite Instanz, aber dann sei Schluss.

Auf die Frage, ob es sinnvoll sei, weiter mit Aktionen auf sich aufmerksam zu machen, kam eine klare Antwort: Es gehöre auch zur Demokratie, dass man auf seine Anliegen aufmerksam mache. Aber man müsse sachlich bleiben.

Um die Verkehrssicherheit in der Zwischenzeit zu erhöhen, nahm der Landrat den Vorschlag, an den Ortsenden Geschwindigkeitsmessungen zu installieren, auf. Auch die Möglichkeit von weiteren Zebrasteifen werde im Landratsamt geprüft, aber es müssen auch genügend Fußgänger diesen nutzen, sagte Löffler. (kmi)